

# 15 Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg

auf Grundlage der Hamburger Studie  
„Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten“

Gunda Voigts  
Thurid Blohm

Offene Kinder- und  
Jugendarbeit in  
Corona-Zeiten aus  
Sicht von Fachkräften

Eine empirische Studie zur Situation  
von Einrichtungen in Hamburg



## „Handlungsempfehlung I: Partizipation junger Menschen stärken

Partizipation von jungen Menschen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit heißt in Corona-Zeiten vor allem Alltagspartizipation. Diese ist ein wichtiges Handlungsprinzip im Einrichtungsalltag wie in konkreten Angeboten. Ihre Bedeutung sollte in den Diskursen um Partizipation mehr Beachtung finden. [...] Es müssen dringend Rahmenbedingungen geschaffen werden, die wieder mehr Partizipation zulassen.

Partizipation junger Menschen in politischen Prozessen in der Stadtgesellschaft und Beteiligung an Entscheidungen im Sozialraum haben in Corona-Zeiten kaum stattgefunden. Hier ist es ausgesprochen wichtig, mit neuen Impulsen, finanzieller Förderung und gemeinsamem Engagement von Trägern, Behörden und Politik neu zu starten – oder wo möglich an den Vor-Corona-Konzepten wieder anzuknüpfen. Junge Menschen müssen in diesen Prozessen, wo immer es für sie selbst sinnvoll möglich ist, mit einbezogen werden, denn Partizipation von jungen Menschen bedeutet, Gestaltungsmacht an sie abzugeben. Das muss gewollt sein und Folgen zeigen. Ernsthafte Partizipation ist kein punktuell Geschehen, sondern ein konzeptionell angelegter Prozess.

Jugendhilfeausschüsse sind wichtige Orte, Jugendhilfeplanung ein wichtiges Instrument, um Partizipation junger Menschen zu thematisieren, zu ermöglichen und voranzubringen. Der §33 des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) in Hamburg, das SGB VIII wie die UN-Kinderrechtskonvention klären, dass Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein Pflichtauftrag ist.

In den Studien zeigt sich und wird von den Fachkräften selbst thematisiert, dass der Partizipationsbegriff im Arbeitsfeld inklusive der behördlichen Verwendung in Richtlinien und Abfragen nach wie vor nicht eindeutig bestimmt ist. Fachkräfte grenzen die sogenannte Alltagspartizipation in den Einrichtungen von politischen Beteiligungs- und Mitbestimmungsstrukturen in den Einrichtungen, im Sozialraum wie in der Stadtgesellschaft ab. Eine zielgenaue Verständigung zwischen Fachkräften und Forscher\*innen, aber auch mit Behörden und Trägervertreter\*innen ist schwierig, wenn konzeptionelle und begriffstheoretische Debatten nicht geklärt sind. Es wird angeregt, an dieser Stelle den fachlichen Diskurs, um die Bestimmung und Bedeutung von Partizipation in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, wieder aufzunehmen. Wesentlich muss dabei auch sein, für junge Menschen verständlich machen zu können, was mit den Begriffen gemeint ist und was sich dahinter konzeptionell verbirgt. Weiterhin sind sie an den Diskursen zu beteiligen, denn die Wahrnehmung von jungen Menschen, was als partizipativ erlebt wird, ist häufig eine andere als die von Erwachsenen.

## **Handlungsempfehlung II: Durch kontinuierliche Beziehungsarbeit die Unterstützung junger Menschen in besonderen Problemlagen ermöglichen und Bildungsprozesse fördern**

Als ein positives Phänomen in der Pandemie wird von den Fachkräften beschrieben, dass vermehrt Einzelgespräche mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen geführt werden. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist Beziehungsarbeit, so dass für viele der erreichten Nutzer\*innen die Mitarbeitenden Bezugs- und Vertrauenspersonen für wichtige Fragen des Lebens sind. Schulprobleme, Zukunftsängste, Probleme mit Peers oder Eltern nehmen dabei eine wichtige Rolle ein. Auch Problemlagen, die Fragen des Kindesschutzes berühren, sind Thema in den Gesprächen. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist gerade in der Pandemie ein wichtiger Schutzraum für gefährdete junge Menschen.

Die individuellen Gespräche in einer Gesellschaft im Chaos können in der Intensität nur geführt werden, weil weniger junge Menschen die Einrichtungen nutzen und sich dadurch der Mitarbeitenden-Besuchenden-Schlüssel verändert. Fachkräfte und junge Menschen können so Gespräche in geschützten Räumen und mit voller Konzentration ohne Störungen führen. Diese wichtige Beratungsfunktion, die Mitarbeitende gerade für junge Menschen in Problemlagen durch die niedrighwelligen Zugänge einnehmen, sollte als Ressource betrachtet werden. Das bedeutet zugleich, dass es zu Personalaufstockungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit kommen sowie eine langfristige Sicherheit für Verträge gegeben sein muss. Denn Beziehungsarbeit benötigt Kontinuität, Sicherheit und genügend Personalressourcen. Ein Sammelsurium von ständig wechselnden Honoraranstellungen und damit andauernden Beziehungswechseln ist hier gegenläufig.

Fachkräfte berichten von Rollenkonfusionen in der Pandemie. Die Hygienebestimmungen und Verordnungen zwängen sie in eine Rolle als Regelhüter\*innen und Abstandskontrolleur\*innen. Sie erleben, dass sich so Beziehungen zu jungen Menschen verändern können. Diese Prozesse zu reflektieren ist ausgesprochen wichtig. Junge Menschen sind darauf angewiesen, ihre Freiräume in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zurückzubekommen.

Sichere Bindungen entstehen aus ermöglichten Beziehungen an Orten, an denen junge Menschen sich angenommen fühlen – und zwar so wie sie sind. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist für zahlreiche junge Menschen solch ein wichtiger Beziehungsort. Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gestalten diese Beziehungsarbeit professionell. Die daraus entstehenden Bindungen zu akzeptierten Personen sind immens wichtig für Bildungsprozesse von jungen Menschen, denn Bindung ermöglicht Bildung. Offene Kinder- und Jugendarbeit wird so zu einem besonderen Bildungsort. Das sollte in den Bildungsdebatten Anerkennung finden – und Fachkräfte dafür öffnen, an den Interessen der jungen Menschen orientiert, diese Chance weiter auszugestalten.

## **Handlungsempfehlung III: Junge Menschen mit Behinderungen stärker in den Blick nehmen**

In den meisten Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit werden junge Menschen mit Behinderungen unter Coronabedingungen schlechter erreicht als bisher. Auch vor Corona waren die Rahmenbedingungen in vielen Einrichtungen bereits so, dass junge Menschen mit Behinderungen aufgrund baulicher Barrieren, zu wenig Personal oder zu weniger Kooperationen mit der Behindertenhilfe kaum erreicht wurden. In der Pandemie haben junge Menschen mit Behinderungen die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit noch weniger genutzt als zuvor. Hier braucht es in Hamburg neue Konzepte, Anreiz- und Infrastrukturprogramme sowie einen breiten Diskurs mit Einrichtungen,

Diensten und Schulen, die mit jungen Menschen mit Behinderungen arbeiten. Die Neuerungen im SGB VIII §11 (1) bieten dazu den aktuellen Rahmen. Auch hier wird deutlich: Geld- und Personalressourcen sind zur Weiterentwicklung nötig. Inklusion entsteht nicht nebenbei und nicht umsonst. Der Einbezug junger Menschen mit Behinderungen ist eine Pflichtaufgabe. Um diese umzusetzen, benötigt es neue Kompetenzen und neue Vernetzungen. Kooperative Fortbildungsreihen von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit und der Behindertenhilfe können Unterstützung bieten. Die politisch Verantwortlichen sind gefragt, sich zu äußern, wie sie Kinder- und Jugendarbeit auf dem Weg zu inklusiven Gestaltungsstrategien unterstützen. Inklusion braucht Haltung, Engagement, Fachlichkeit, Kooperation und ausreichende Finanzmittel.

## **Handlungsempfehlung IV: Digitalisierung unterstützend voranbringen und Datenschutzfragen klären**

Die Pandemie hat auch in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg die miserablen Rahmenbedingungen für ein digitalisiertes Arbeiten deutlich herausgestellt: Mitarbeitende, denen keine mobilen Computer zur Verfügung stehen. Einrichtungen, die über keinerlei adäquate dienstliche Smartphones mit Internetverbindung verfügen. W-LAN-Verbindungen, die weder die benötigten Datenkapazitäten noch eine genügende Stabilität hervorbringen. Benötigte Kommunikations-Software, für die sichere Lizenzen fehlen. Keinerlei IT-Support von Spezialist\*innen. Diese Zustandsbeschreibungen sind vor dem Hintergrund der digitalen Welten, in denen Jugendliche sich bewegen und den Anforderungen, welche unsere insgesamt digitalisierte Welt an sie stellt, eine Warnmeldung. Es bedarf zeitnah einer Ausstattung der Einrichtungen und deren Mitarbeitenden mit aktuellen technischen Geräten. Es muss vor allem auch Support für Netzwerke und technische Beratungen geschaffen werden. Mit Blick auf Softwareausstattungen und Lizenzen sollte über hamburgweite Verträge mit Anbieter\*innen zentral verhandelt werden.

Es ist zu bedenken, dass dies ein dauerhaftes Programm sein muss, da die Digitalisierung rasend voranschreitet und IT-Geräte keine Anschaffung für die Ewigkeit sind, sondern beständig aktualisiert und erneuert werden müssen. Denkbar wäre an dieser Stelle, Kooperationen mit Unternehmensstiftungen anzustreben. Dafür braucht es das politische Bewusstsein der Verantwortlichen, sich für eine digitalisierte Kinder- und Jugendarbeit einsetzen zu wollen.

Weiterhin müssen Fachkräfte die Chance erhalten und diese auch ergreifen, sich digitale Kompetenzen anzueignen. Dazu braucht es finanzierbare Fort- und Weiterbildungen sowie Zeitressourcen im Arbeitsalltag.

Fragen des Datenschutzes stellen sich in den Erhebungen auf zweierlei Weise als eine problematische Thematik heraus. Einerseits wird deutlich, dass einige Einrichtungsträger ihrer Verantwortung in Fragen des Datenschutzes nicht nachgekommen sind. Den Fachkräften in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit liegen keine Vereinbarungen oder Handlungsleitfäden vor. In einer ohnehin herausfordernden Situation müssen sie digital handeln, ohne zu wissen, was erlaubt ist und was nicht. Kompetente Beratung zu finden, ist häufig ein mühsamer Suchprozess. Öffentliche wie freie Träger sind hier gefordert, Support für die Fachkräfte in den Einrichtungen zu leisten. Andererseits zeigt sich, dass vorhandene Datenschutzregelungen und Anweisungen nicht konform mit den Lebenswelten und Bedarfen der Kinder und Jugendlichen sind. Verbote für die Nutzung von bei jungen Menschen üblichen Messenger-Diensten verunmöglichen die Kontaktaufnahme zu diesen in Zeiten geschlossener Türen. Fachkräfte stehen individuell vor der Gewissensfrage, ob sie entweder junge Menschen in diesen schwierigen Zeiten allein lassen – oder im Sinne des Kindeswohls und des Wissens um die Wichtigkeit der Weiterführung von Kontakten entgegen der Bestimmungen Kontakte über ihnen

verbotene Tools zu jungen Menschen aufnehmen sollen. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist so nicht angemessen leistbar. Fachkräfte müssen von diesem Zwiespalt entlastet werden. Es müssen Wege gesucht werden, Kontakte zu jungen Menschen über die von ihnen priorisierten digitalen Räume zu ermöglichen. Dies ist eine politische Aufgabe. Die Problematik muss von der Landesebene mit der Bundesebene thematisiert werden, um Veränderungen in zentralen Datenschutzregelungen zu erreichen.

## **Handlungsempfehlung V: Vernetzungen im Sozialraum und mit anderen Orten junger Menschen fördern**

Unter Coronabedingungen zeigt sich, dass Vernetzungen von Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit und deren Mitarbeitenden mit anderen Einrichtungen und Diensten im Sozialraum an vielen Orten eine besondere Bedeutung einnehmen, um junge Menschen in den Lockdown-Phasen weiter zu erreichen. Die Wichtigkeit dieser Vernetzungen nicht nur für fachliche Weiterentwicklungen, sondern auch für die Zugänge zu jungen Menschen offenbart sich im Krisenmodus. Daraus folgt, dass in die Möglichkeit von Vernetzungen investiert werden muss. Sozialraumorientierung darf vor diesem Hintergrund kein Einsparprogramm sein. Im Gegenteil: Es muss dafür gesorgt werden, dass nicht nur den Mitarbeitenden in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, sondern auch in anderen Einrichtungen und Diensten wie in den Behörden, genügend Zeit- und Fachressourcen zur Verfügung stehen, um in alte Vernetzungen zu investieren und neue Vernetzungen aufzubauen. Vernetzung benötigt Zeit, Anstrengung und Motivation. Sie geschieht nicht von alleine – und sie darf nicht dazu dienen, ohnehin knappe Ressourcen weiter einzuschränken. Junge Menschen sind darauf angewiesen, in ihren Sozialräumen viele unterschiedliche Ansprechpartner\*innen zu finden, um selbst entscheiden zu können, was das passende Angebot und wer die passenden Menschen für sie selbst sind.

Bei den Vernetzungen muss dringend die Schulsozialarbeit mit in den Blick genommen werden. Die SGB VIII-Reform macht deutlich, dass sie Teil der Kinder- und Jugendhilfe ist. Gerade weil Schule und Kinder- und Jugend-arbeit zwei sehr unterschiedliche Systeme mit sehr verschiedenen Funktionsweisen und Aufträgen sind, kann Schulsozialarbeit mit ihrem beidseitigen Systemblick im Sinne der jungen Menschen Vernetzung fördern. Diese Rolle muss Schulsozialarbeit allerdings annehmen und sich klar für die Interessen der Kinder und Jugendlichen positionieren. Dann ist sie eine geeignete Kooperationspartnerin für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

## **Handlungsempfehlungen VI: Kooperationen mit Schulen im Kontext des Offenen Ganztags thematisieren**

Die Erhebungen zeigen, dass bei sehr vielen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit die Kooperationen mit Schulen im Kontext des Ganztags zumindest im ersten Jahr der Pandemie nahezu komplett eingebrochen sind. Berichtet wird vor allem, dass Schulen diese aussetzten oder die Corona-Rahmenbedingungen von Schulen und Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit so inkompatibel waren, dass die Angebote eingestellt werden mussten. Gerade in einem Bundesland, das den „Ganztags“ als sehr bedeutend einstuft, ist das ein nicht nachvollziehbarer Zustand, insbesondere für Kinder, die damit ihre gewohnten Bildungs- und Betreuungsorte verlieren. Des Weiteren führt das Einrichtungen in Existenzsorgen, wenn Einnahmen für Angebote im Ganztags als fester Finanzposten im Haushalt einplant sind. Das Vertragswerk sollte hier nachgebessert werden, um Offene Kinder- und Jugendarbeit bei Schulschließungen und Einstellungen von Schulk Kooperationen nicht zu gefährden und nicht als Verliererin des Ganztags dastehen zu lassen.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Fachkräfte nach wie vor kritisch auf Kooperationen im Ganztags mit Schulen blicken. Sie sehen die Prinzipien der Offenheit und Freiwilligkeit wie insgesamt Kinder- und Jugendarbeit als Freiraum für junge Menschen gefährdet. Ihre Erfahrungen zeigen, dass sie häufig als Dienstleister von Ganztagschule degradiert werden. Der Impuls trotzdem im Ganztags mitzuwirken, ist einerseits die Hoffnung, jungen Menschen im schulischen Zeitkorridor Gestaltungsräume zu schaffen, und andererseits selbst neue Zielgruppen für die Einrichtungen zu gewinnen. Welche Rahmungen genau dazu führen können, bleibt in dieser Forschung allerdings weitestgehend unklar. Auch hier wird deutlich, was Fachorganisationen der Kinder- und Jugendhilfe wiederkehrend fordern: Der Diskurs um die Qualität des Ganztags aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen muss endlich intensiv geführt werden. Es benötigt Rahmungen für Kooperationen, die Offene Kinder- und Jugendarbeit und Träger der Kinder- und Jugendarbeit insgesamt als gleichwertige Partnerinnen sehen.

## **Handlungsempfehlung VII: Übernahme schulischer Unterstützungsleistungen nicht als Dauerzustand akzeptieren**

Sozialpädagogische Fachkräfte in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit haben in Corona-Zeiten Unterstützung für schulische Leistungsanforderungen an junge Menschen erbracht, die weit über das hinausgehen, was Aufgabe des Arbeitsfeldes ist. Offene Kinder- und Jugendarbeit wird zum Lückenfüller für Vieles, was das Schulsystem in der Pandemie nicht leistet: Individuelle Unterstützung von Schüler\*innen, Strukturierung der Lernzeiten, Zurverfügungstellung technischen Supports für das Homeschooling und Distanzlernen, Nachholen von versäumtem Schulstoff, Umgang mit Frustrationen, Schaffen von ruhigen Lernsettings. Die Fachkräfte haben diese Aufgaben übernommen, weil viele Kinder und Jugendliche mit den schulischen Aufgaben in Lockdown-Phasen und Quarantänezeiten allein gelassen werden und in der Folge mit ihren Anfragen und Sorgen in die Offene Kinder- und Jugendarbeit kommen. Kinder- und Jugendarbeit reagiert auf die Bedürfnisse der jungen Menschen, um sie nicht im Stich zu lassen.

Nicht nur den Fachkräften im Arbeitsfeld ist wichtig: Die Übernahme schulischer Aufgaben darf kein Dauerzustand bleiben. Politisch Verantwortliche müssen dafür sorgen, dass Schulen gerade auch in Pandemiezeiten in die Lage versetzt werden, alle jungen Menschen zu erreichen und ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Offene Kinder- und Jugendarbeit als schulisches Support- und Nachhilfeeinrichtung zu nutzen, entspricht nicht ihren gesetzlichen Bestimmungen im SGB VIII.

## **Handlungsempfehlung VIII: Offene Kinder- und Jugendarbeit als Schutzraum von jungen Menschen akzeptieren**

In den Erhebungen wird aus verschiedenen Perspektiven immer wieder aufgezeigt, dass Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten ein besonderer Schutzraum für junge Menschen sind und sie einen wichtigen Beitrag zum Kinderschutz leisten. Das beginnt bei Schilderungen über die Versorgung von jungen Menschen und ganzen Familien mit Essen zu Zeiten geschlossener Schulkantinen. Führt weiter mit Beschreibungen, dass Fachkräfte wie die Einrichtungsorte an sich Anlaufstellen für junge Menschen in besonderen Problemlagen, wie beispielsweise Gewalt, Armut oder Obdachlosigkeit sind. Und endet darin, dass Fachkräfte junge Menschen bei Auseinandersetzungen mit Ordnungshüter\*innen zu Kontaktregelungen wie bei erhaltenen Geldbußen und Anzeigen Perspektiven aufzeigen oder sie dabei unterstützen, wichtige Anträge bei Ämtern zu stellen, die ihre Existenz sichern. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist in der

Pandemie immer wieder einer der wenigen Ort gewesen, der überhaupt in Ansätzen für junge Menschen geöffnet war. Diese wichtige Funktion muss sich in der Wertschätzung des Arbeitsfeldes abbilden. In einigen Interviews wird deutlich, dass es aufgrund nicht vorhandener Kommunikation von Behörden vereinzelt zu Grenzüberschreitungen der Polizei in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gekommen ist. Das muss zukünftig verhindert werden, da es das Vertrauen der jungen Menschen in die Einrichtungen wie den Staat schwächt.

### **Handlungsempfehlung IX: Anwaltschaftliche Interessenvertretung forcieren**

Die Fachkräfte beschreiben, was auch empirische Befragungen von jungen Menschen zeigen: Ängste und Sorgen, Interessen und Bedarfe von jungen Menschen werden in Corona-Zeiten nicht gehört. Auch in Hamburg wurden Jugendliche und junge Erwachsene zu „Partygänger\*innen“ und „Corona-Regel-Brecher\*innen“ stigmatisiert. Ihr persönlicher Einsatz für andere in Familie, Nachbarschaft, Jugendverbänden, Sport, sozialen Projekten, Schulen oder Hochschule dagegen wird selten gewürdigt. In den für sie besonders schweren Zeiten werden sie politisch fast ausschließlich in ihrer Rolle als Schüler\*innen adressiert.

An dieser Stelle braucht es nicht nur politisch Verantwortliche, die ihren Kurs ändern. Es benötigt auch Fachkräfte, Träger und Fachbehörden, die ihren Auftrag der anwaltschaftlichen Interessenvertretung ernst nehmen. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist mit wenigen Ausnahmen in den Pandemiezeiten zu wenig hörbar, wenn es um den Einsatz für ihre Adressat\*innen in der Öffentlichkeit geht. An dieser Stelle sind alle Akteur\*innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wie der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt im Interesse der jungen Menschen gefordert, sich fernab von Trägerkonkurrenzen und behördlichen Einordnungen zusammenzuschließen und gemeinsam mit starker Stimme für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einzutreten. Dabei gilt es deutliche Worte zu sprechen – auch wenn es damit nicht nur neue Freund\*innen zu gewinnen gibt.

### **Handlungsempfehlung X: Neuer Schwung für neue Nutzer\*innen und die Offenheit der Einrichtungen**

Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit haben in Corona-Zeiten Besucher\*innen verloren und wenig neue Kinder und Jugendliche erreichen können. Darüber reden einige Fachkräfte in den Erhebungen offen und ehrlich. Die Pandemie bedeutet in vielen gesellschaftlichen Feldern eine Neuaufstellung. Die Gewinnung neuer Nutzer\*innen für die Angebote und Offenen Bereiche in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, wird Energien kosten. Dabei braucht Offene Kinder- und Jugendarbeit Unterstützung und Zeit. Es darf nicht erwartet werden, dass Einrichtungen umgehend wieder auf dem Vorniveau der Nutzungsquoten arbeiten können – und schon gar nicht die Finanzierung daran orientiert werden. Es muss offen über diese Situation gesprochen werden können, ohne Einsparungen befürchten zu müssen. Zumal auch im Frühjahr 2022 nicht davon zu sprechen ist, dass die Offenheit der Einrichtungen auf altem Niveau wieder gegeben ist. Kontaktbeschränkungen, Hygienebestimmungen, Quarantänezeiten und Corona-Infektionen bei Mitarbeitenden wie Nutzer\*innen prägen weiterhin den Alltag in den Einrichtungen und führen zu punktuellen Schließungen.

Zugleich muss der Dialog über das konzeptionelle Ziel, wieder mehr Kinder und besonders mehr Jugendliche zu erreichen, geführt werden. Dazu gehört über Perspektiven zu sprechen, wie die vielzitierte „Wiedereröffnung“ der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit endlich Wirklichkeit werden kann: Die Türen sind zwar nicht mehr geschlossen, aber der Weg zu einer echten

Offenheit und Niedrigschwelligkeit, wie sie dem Arbeitsfeld entspricht, erscheint derzeit noch weit entfernt. Kinder und Jugendliche müssen dabei gehört werden und mitgestalten können.

## **Handlungsempfehlung XI: Entgrenzungen entgegenwirken und zugleich Synergieeffekte herausarbeiten**

Die Entgrenzungen zwischen Offener Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit werden von Fachkräften und Expert\*innen sehr ambivalent diskutiert. Auf der einen Seite bietet Offene Kinder- und Jugendarbeit niedrigschwellige Zugänge, um junge Menschen in spezifischen Problemlagen zu erreichen. Auf der anderen Seite sollte sie nicht zur Reparaturwerkstatt für gesellschaftliche Fehlentwicklungen werden. Offene Kinder- und Jugendarbeit muss an erster Stelle, wie im SGB VIII §11 vorgesehen, der Ort von Kindern und Jugendlichen bleiben, an dem es einzig und allein um ihre Interessen geht. Eine staatliche Verzweckung dieses Ortes als Dienstleister zum Ausgleich sozialpolitischer Versäumnisse verbietet sich daher.

Zugleich erleben Fachkräfte, dass ein Teil der jungen Menschen, die ihre Einrichtungen besuchen, Leistungen der Jugendsozialarbeit, der Hilfen zur Erziehung oder der Arbeitsagentur benötigt. Starke Vernetzungen und genügend Angebote in allen Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe sind hier im Sinne der jungen Menschen angebracht. Offene Kinder- und Jugendarbeit kann durch ihren starken Beziehungsfokus jungen Menschen neue Perspektiven eröffnen, wenn sie gut mit anderen Angeboten vernetzt ist. Im Fokus muss aber bleiben, dass Offene Kinder- und Jugendarbeit nicht den Auftrag hat, sozialpädagogische Hilfen zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder bei individuellen Beeinträchtigungen zu leisten. Das ist nach SGB VIII §13 ausdrücklich Auftrag von Jugendsozialarbeit. Kinder- und Jugendarbeit dient dazu, den Interessen der jungen Menschen zu folgen, ihnen Mitbestimmung und Mitgestaltung zu ermöglichen. Selbstbestimmung, gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement von jungen Menschen anzuregen, ist das sozialgesetzlich festgehaltene oberste Ziel von (Offener) Kinder- und Jugendarbeit. Daran muss immer wieder erinnert werden und Finanzlogiken müssen diesem Anspruch folgen, anstatt über Vereinbarungen andere Ziele zu erzwingen. Die Debatte um diese in Hamburg nicht neue Kontroverse muss dringend weitergeführt werden. Das Wohl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss dabei im Vordergrund stehen. (Partei-)politische wie Trägerinteressen müssen dahinter zurückstehen.

## **Handlungsempfehlung XII: Sozialräumliche Hilfen ausdrücklich als zusätzliche Unterstützung und nicht als Einsparprogramm etablieren**

Sowohl in den Fachkräfte- wie den Expert\*innen-Interviews werden unter dem Stichwort „Entgrenzungen“ die Sozialräumlichen Hilfen und Angebote (SHA) sowie die Sozialräumlichen Angebote der Jugend- und Familienhilfe (SAJF) thematisiert. Zum einen werden darin Optionen gesehen, sich im Sozialraum zu vernetzen und so die Anliegen der Nutzer\*innen in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit über das eigene Arbeitsfeld hinaus positionieren zu können. Synergieeffekte werden – wenn auch in einer deutlichen Minderheit der Einrichtungen – durchaus gesehen. Auf der anderen Seite werden beide Ansätze überwiegend als Einsparprogramme konnotiert und erlebt. Sie scheinen nach den Berichten von Fachkräften eher dazu zu führen, Stellen und Dienste in Sozialräumen zu streichen, anstatt tatsächlich in Vernetzungen, den angemessenen Ausbau und die Sicherung der Einrichtungen, Angebote und Dienste zu investieren. Etwas, was konzeptionell gut gedacht sein könnte, wird so ad absurdum geführt. Sozialräumliche Konzepte bieten viel Potential, wenn ihr Ansatzpunkt die Anliegen und Bedarfe der jungen Menschen und ihrer Familien sind.

Gemeinsam sollte nach Wegen gesucht werden, das in den Mittelpunkt zu rücken – und zugleich den Sozialräumlichen Hilfen und Angeboten als Einsparprogramm eine Absage erteilt werden. Auch hier besteht die unbedingte Notwendigkeit, die Ausrichtung und die strukturpolitische Angliederung der SHA und SAJF weiter zu debattieren – und dabei die Interessen und Anliegen der jungen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

### **Handlungsempfehlung XIII: Offener Kinder- und Jugendarbeit und ihren Fachkräften Anerkennung geben**

Fachkräfte und das Arbeitsfeld insgesamt haben ihren Auftrag in Corona-Zeiten in der großen Mehrheit sehr ernstgenommen und sehr engagiert wie kreativ im Sinne der Kinder und Jugendlichen umgesetzt. Während andere Berufstätige in das Homeoffice gingen, war die überwiegende Anzahl der Mitarbeitenden in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weiter (täglich) in den Einrichtungen aktiv. Während die Inzidenzen in Hamburg Rekordwerte annahmen, haben sich Fachkräfte jeden Tag durch die zahlreichen Kontakte der gesundheitlichen Gefahr ausgesetzt, sich selbst und ihre Familien mit dem Virus zu infizieren. Das muss anerkannt und gewürdigt werden. Anerkennung bedeutet, dass dieses Engagement nicht einfach als „selbstverständlich“ hingenommen wird, sondern in öffentlichen Reden von politischen Verantwortungsträger\*innen auch öffentlich und ernst gemeint gewürdigt wird. Dazu gehört der Anspruch, das auch medial erreichen zu wollen. Auch über tarifliche Sonderzahlungen wie im Pflegebereich sollte nachgedacht werden. Nicht zuletzt vollzieht sich Anerkennung und Würdigung durch eine angemessene Ressourcenausstattung der Kinder- und Jugendarbeit insgesamt.

### **Handlungsempfehlung XIV: Offene Kinder- und Jugendarbeit als Ort politischer Bildung sehen**

Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit sind wie Jugendverbände ein wichtiger Ort politischer Bildung. Als dieser werden sie viel zu wenig betrachtet. Politische Bildung ist hier keine Wissensvermittlung über Politik, sondern Partizipation und demokratische Praxis. In den Einrichtungen geschieht Alltagspartizipation und Beteiligung an politischen Prozessen. Demokratie wird dort erlebbar und erlernbar beispielsweise in Jugendhausversammlungen, Jugendhausvorständen oder Gremien zu Finanzen oder Programmgestaltungen. Ehrenamtlich werden Gruppen und Angebote mitgestaltet oder verantwortet. Über die Einrichtungen hinaus wird Mitgestaltung in politischen Gremien wie beispielsweise den Jugendhilfeausschüssen ermöglicht oder eine Beteiligung an Prozessen in Sozialräumen organisiert. In Corona-Zeiten ist das alles schwieriger möglich, das zeigen die Forschungsergebnisse auch. Auseinandersetzung über politische Themen geschieht dafür intensiv. Die jungen Menschen suchen das Gespräch mit den Fachkräften beispielsweise über Verschwörungserzählungen, rechtsextreme Entwicklungen, Umweltpolitik oder auch internationale politische Geschehnisse. Offene Kinder- und Jugendarbeit öffnet auch hier niedrigschwellige Zugänge zu wichtigen politischen Themen, ermöglicht Auseinandersetzung in geschützten Räumen mit Menschen, die zuhören und diskutieren, wiederum auf der Basis von Beziehungsarbeit und Offenheit. Das ist eine besondere Chance politischer Bildung – weil sie hier nicht von oben geschieht, sondern sich anhand der mitgebrachten Themen von jungen Menschen entwickelt.



## **Handlungsempfehlung XV: Forschungstransferprojekte zur Weiterentwicklung der Praxis kontinuierlich ermöglichen**

Im Forschungstransferprojekt haben sich insgesamt knapp 100 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit häufig mehrfach an den quantitativen und qualitativen Befragungen beteiligt – und das trotz häufig kurzfristiger Anfrage. Es wurden fast 70 einstündige qualitative Interviews mit Fachkräften geführt. An den Fachveranstaltungen und Dialogen zum Projekt waren insgesamt mehr als 260 Teilnehmende beteiligt. Jugendhilfeausschüsse in den Bezirken und Gremien auf Landesebene diskutieren die Ergebnisse, die Medien haben berichtet. Die Akteur\*innen im Arbeitsfeld machten immer wieder deutlich, dass sie diese Forschung als Anerkennung empfinden, die empirische Betrachtung ihres Feldes für wichtig halten und bereit sind, auf dieser Grundlage an Weiterentwicklungen mitzuwirken. Das offene Gespräch zwischen Fachkräften aus Landes- und Bezirksbehörden, Fach- und Wohlfahrtsverbänden wie den Mitarbeitenden, nebenberuflichen Honorarkräften und auch Ehrenamtlichen aus den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Projekt, wird von allen Seiten wiederholt als enorm wichtig benannt. Auch Studierende waren beteiligt und haben das als Gewinn für ihr Studium bezeichnet. Alles das zeigt: Transferforschung schafft nicht nur Vernetzungen, sondern kann mit ihren empirischen Erkenntnissen Arbeitsfelder bereichern und Perspektiven aufzeigen. Dieses Projekt wurde mit nur 30.000 Euro, dafür aber mit viel Engagement vieler Beteiligter umgesetzt. Die Energien so zu bündeln war eine coronabedingte Einmaligkeit, die aus der Not und den Sorgen vieler Mitwirkender entstanden ist und gelebt hat. Das darf jedoch kein Dauerzustand sein. Praxisforschung und Forschungstransferprojekte werden benötigt, genügend Finanzmittel müssen auch dafür zur Verfügung stehen. Empirische Erkenntnisse mit Praxisrelevanz haben einen hohen Wert für die Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes wie notwendige theoretische Grundlagendebatten. Die staatliche Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg ist dafür mit ihrem Auftrag ein prädestinierter Ort, weil sich dort Wissenschaft und Praxis, Forschung und das Studium der Fachkräfte der Zukunft verbinden.“ (Voigts/Blohm 2022, S. 233-244)

**Hinweis:** Die empirischen Grundlagen dieser Forderung sind online freizugänglich wie folgt nachzulesen: Voigts, Gunda/Blohm Thuriid (2022): Offene Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten aus Sicht von Fachkräften. Eine empirische Studie zur Situation von Einrichtungen in Hamburg. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich. DOI 10.3224/84742629 Online frei zugänglich unter: <https://shop.budrich.de/wp-content/uploads/2022/05/9783847417903.pdf>